

„Wenn die Klügeren nachgeben, gewinnen die Dummen die Oberhand“

+ Gerät unsere Demokratie ins Rutschen, Herr Dräger?



▶ Artikel anhören • 13 Minuten

Stefan Dräger ist Chef von Lübecks größtem Arbeitgeber. Im Interview bezieht er Stellung zur aktuellen politischen Diskussion im Land – und erklärt, warum er von den Demos gegen Rechtsextremismus nicht vollkommen überzeugt ist.



Jan Wulf und Rüdiger Ditz
11.02.2024, 06:00 Uhr



Artikel verschenken

Lübeck. Stefan Dräger ist Vorstandsvorsitzender von Lübecks größtem Arbeitgeber. Im LN-Interview bezieht der 60-Jährige Stellung zur aktuellen politischen Diskussion.

Lübecker Nachrichten: Herr Dräger, wie demokratisch ist eine Stadt wie Lübeck?

Stefan Dräger: Lübeck wurde früh sehr demokratisch geprägt. Einerseits durch die lange Tradition der Kaufleute im Mittelalter, andererseits durch die Industrialisierung, die die klassische Arbeiterschaft hervorgebracht hat und zum Aufstieg einer starken Sozialdemokratie beigetragen hat. Willy Brandt ist übrigens hier im Umfeld des Drägerwerks geboren und sein Stiefgroßvater Ludwig Frahm, der den Jungen großgezogen hat, hat bei Dräger gearbeitet. Und eigentlich schon bevor Demokratie offiziell in England erfunden wurde, gab es sie in Lübeck.

Wie das?

Unsere Bürgerschaft wurde gewählt. Zwar hatte nicht jeder genau eine Stimme, sondern sie wurde proportional zum Steueraufkommen gerechnet. Aber das Prinzip war schon großartig und revolutionär, dass Bürger selbst ihre Mandatsträger gewählt haben. Auch heute ist das Stadtparlament, die Bürgerschaft, sehr bunt gemischt, und die Mehrheitsverhältnisse sind nicht so eindeutig.

Was nicht nur Vorteile hat.

Man muss sich für Entscheidungsfindung immer zusammenraufen, das finde ich sehr schön. Ein tolles Beispiel ist das Vorhaben auf der Wallhalbinsel. Dieses Bebauungskonzept ist von der Bürgerinitiative "Rettet Lübeck". Ohne diese interessante politische Konstellation wäre es so nicht zustande gekommen – dann würden da nur langweilige Klötzchen entstehen.

Befürchten Sie, dass das ganze ins Rutschen gerät? Dass Kräfte wirken, die nicht mehr diesen freiheitlichen Grundgedanken vertreten?

Die Gefahr ist grundsätzlich da, dass Elemente oder Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit die Oberhand gewinnen oder größeren Zulauf bekommen. Das dürfen wir nie unterschätzen oder vergessen. Es ist schon einmal passiert. Die Lübecker haben damals gesagt, den Adolf Hitler, den wollen wir hier nicht, der darf auf dem Marktplatz nicht sprechen. Das hat uns aber nicht lange davor bewahrt, dass es doch eingetreten ist.

Wie sind wir davor gefeit?

Lübeck hat substanziell eine große Vielfalt. Was gerade Jüngeren nicht so gegenwärtig ist, dass wir eine große Flüchtlingstradition haben. Dass jeder zweite Lübecker im Grunde Flüchtling ist. Und dass es gelungen ist, die Menschen nach dem Zweiten Weltkrieg aufzunehmen und zu integrieren. Vielleicht sind wir deshalb offener gegenüber Flüchtlingen.

Beobachten Sie diese Tradition heutzutage auch noch?

Wir haben viele Menschen aus unterschiedlichen Teilen der Welt, aus anderen Ethnien und Ländern, Religionen, die hier zusammenleben. Das ist schon mal eine gute Voraussetzung – im Gegensatz zu manchen Regionen unseres Landes, wo das nicht so ausgeprägt ist. Wo die Erfahrung mit der Vielfalt fehlt, wo man eher Angst hat vor dem Unbekannten. Insofern sollten wir nicht sorglos werden, dass es keine Gefahr gibt, unsere Demokratie auch wieder zu verlieren.

Lesen Sie auch

[Gehaltscheck: Was verdient man bei Dräger in Lübeck?](#)

[So will Stefan Dräger seine Nachfolge regeln](#)

[Dräger: So schwierig ist das Geschäft mit Russland](#)

Wie ist Ihr Großvater einst mit den Nazis zurechtgekommen?

Er musste so maßvoll wie möglich mit den Nationalsozialisten zusammenarbeiten, nur so konnte er noch etwas bewirken und am Ende sehr vielen Menschen helfen. Einigen rettete er das Leben, indem er sie aus den Konzentrationslagern wieder rausgeholt hat. Er sagte: Ich brauche die für kriegswichtige Produktion. Dafür gab es eine ganze Menge Zeitzeugen. Wir hatten zum Beispiel eine Frau aus den USA ausfindig machen können und wollten sie nach Lübeck einladen. Die Tickets waren schon gekauft, ein Filmteam gebucht, das über ihre Erinnerungen an die Rettung ihrer Familie durch meinen Großvater eine Dokumentation drehen sollte – und dann ist sie in Kalifornien gestorben.

Und mit ihr ein Stück erlebte Geschichte.

Wir geraten in eine Zeit, in der sich niemand mehr daran erinnern kann, wie schrecklich das damals war. Niemand mehr, der die katastrophale Wirkung vom Nationalsozialismus kennengelernt hat.

Ist es nur das – die fehlende Erinnerung?

Nein, dazu kommt die geopolitische Entwicklung. Ich habe in der Schule gelernt, dass die Einwohnerzahlen der westlichen Welt, die Menschen also, die in einer Demokratie in Freiheit leben, etwa zwei Milliarden Menschen sind. Die waren in der Überzahl. Jetzt leben acht Milliarden Menschen auf der Erde und das ganze Wachstum hat woanders stattgefunden. Dort wo andere Staatsformen verbreitet sind. Ich will nicht behaupten, dass unsere Form der Demokratie überall geeignet ist, aber die Mehrzahl der Menschen lebt in Regionen, die nicht die gleiche Werte wie wir haben.

Was meinen Sie damit?

Es gibt Staaten, die streben die Weltherrschaft an, da zählen die Frauen nichts und Homosexuelle werden erschossen. In diesen Ländern war ich schon selber unterwegs, habe Menschen getroffen, die von ihrer eigenen Regierung unterdrückt und geknechtet werden. Der Großteil der Menschen, die man dort trifft, hat andere Vorstellungen vom Leben als wir. Und deren Regierungen sind sehr daran interessiert, die Lage hier bei uns zu destabilisieren.

Demokratie, wie wir sie verstehen, war mal das Rolemodel für die Welt. Vielerorts ist sie aber auf dem Rückzug. Ist die Art und Weise, wie wir leben, noch zu retten?

Ja, nach wie vor gilt der berühmte Spruch von Winston Churchill: „Demokratie ist die schlechteste aller Regierungsformen, abgesehen von allen anderen.“ Ich bin überzeugt, dass sie zu retten ist und es sich lohnt, dafür zu kämpfen. Das muss man allerdings auch tun und dafür sorgen, dass sie uns erhalten bleibt und auch wieder gestärkt wird, wo sie schon schwach ist. Meine Tochter hat in ihrem Zimmer ein Plakat hängen mit einem Spruch „Wenn die Klügeren immer nachgeben, gewinnen die Dummen die Oberhand“. Da ist was dran.

In Lübeck waren jüngst Tausende Menschen auf den Straßen, um gegen Rechtsextremismus und für die Demokratie zu demonstrieren. Wie bewerten sie das?

Das zeigt auf jeden Fall, dass das Thema die Menschen bewegt und ihnen nicht egal ist. Ich bin aber nicht überzeugt, dass durch Demonstrieren irgendein Problem gelöst wird. Die tatsächliche Wirkung in einer parlamentarischen Demokratie wird erst erzielt, indem man zur Wahl geht. Oder man arbeitet in dem System mit, in dem man in eine Partei eintritt, und sich zur Wahl stellt.

Wie kann man noch für Demokratie eintreten?

Nicht übereinander sprechen, sondern miteinander – auch mit den Mandatsträgern. Die können nur den besten Kompromiss in einer Sache erreichen, wenn man mit ihnen spricht und sie so möglichst viele Meinungen berücksichtigen können.

Ist unserer Gesellschaft die Fähigkeit zum Diskurs abhandengekommen?

Die Bauern demonstrieren mit ihren Treckern, die Lokführer lassen die Züge nicht fahren – das sind ja sehr kleine Gruppen, die allein mit ihren großen Fahrzeugen viel Wirkung erreichen können. Andere Gruppen werden schnell in den Hintergrund gedrängt, die nicht so eine Aufmerksamkeit herstellen können. Und das ist dem Diskurs tatsächlich eher abträglich. Eine größere Gefahr geht aber von sozialen Medien aus. Die leben von der Sensation und dem selbstverstärkenden Effekt von Echokammern oder Blasen, in denen die Leute dann die immer gleichen Informationen wieder bekommen. Wirre Ansichten werden viral genährt und der Nutzer glaubt am Ende auf dem richtigen Weg zu sein, was möglicherweise objektiv gesehen gar nicht so ist.

Haben Sie ein Beispiel?

Das war besonders in der Corona-Zeit zu beobachten. Da haben wir erlebt, dass die Diskursfähigkeit einigen Mitmenschen völlig abhandengekommen ist. Ich kann mich an solche Fälle auch im persönlichen Umfeld erinnern, das war schon sehr krass. Da sind Partnerschaften auseinander gegangen. Was Mut macht: Es gibt auch Fälle, wo die Integration wieder gelungen ist, wo Gesprächsbereitschaft wächst. Also Mut haben. Nicht aufgeben. Auch wenn es zeitweise schwierig ist.

Wie sehr setzt unserem Land der Unterschied zwischen städtischen Milieus und ländlichen Regionen zu?

Es ist immer schon so gewesen, dass das Land eigentlich die Stadt nährt, also sprichwörtlich über die Nahrung. Die wächst nämlich nicht in der Stadt. Städte haben aber viele Vorteile. Wir können hier ohne weiteres in den Bus steigen, der kommt alle 10 Minuten und sonst nehmen wir einen Mietroller. Auf dem Land ist man zwingend aufs Auto angewiesen und die ganzen schönen Alternativen funktionieren da nicht. Die Frage: Vernachlässigt Demokratie das Land, weil die meisten Wähler in den Städten leben? Das kann ich bei uns in der parlamentarischen Demokratie nicht erkennen. Zum Glück, weil es hierzulande aktive Gegenmaßnahmen gibt. Zum Beispiel, dass die meisten Menschen

auf dem Land Glasfaser haben und viel schnelleres Internet, als ich hier in der Stadt. Auch so etwas ist durch unsere parlamentarische Demokratie, durch die Mandatsträger, so entschieden worden. Ein Beispiel, wie der Nachteil, den man auf dem Land hat, verringert wird.

Wir leben in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Welche Rolle spielt das in der aktuellen Situation?

Der faktische Wohlstandsverlust ist bei den meisten Menschen wahrscheinlich gar nicht gegeben. Sogar in der Corona-Zeit haben wir in Lübeck einen Anstieg der Bruttolohnsumme gehabt. Energiepreise sind gestiegen, auch Nahrungsmitteln sind teurer geworden; aber andere Elemente des Warenkorb nicht. Dagegen hat das Einkommen meist zugenommen. Das Entscheidende ist das Gefühl eines drohenden Wohlstandsverlust – die viel größere Herausforderung.

Kann die Wirtschaft zur Bewältigung etwas beitragen?

Sie kann deutlich machen, dass das Thema Eigenverantwortung wieder in den Fokus gerückt wird. Wir können auf uns selbst und die in uns wohnende Kraft und Fähigkeiten vertrauen und wir können uns auch anpassen an Veränderungen. Ich habe von einem Kieler Politiker gehört, der allen Ernstes gesagt hat, der Staat hat eine Verantwortung, dass die Leute eine warme Wohnung haben. Das finde ich problematisch. Berliner Politiker haben gesagt, der Sozialstaat ist die Grundlage des Wohlstands. Diese Erwartungshaltung, dieses Anspruchsdenken ist tatsächlich in der Corona-Krise entstanden. Dass man sagt, die Lösung für alle Probleme ist der Staat. Wenn die Kneipen geschlossen haben, dann muss der Staat die Kneipen versorgen. Wenn jetzt der Gaspreis steigt, dann ist der Staat verantwortlich, dass die Leute eine warme Wohnung haben.

Vor uns steht ein umfangreiches Wahljahr. Werden Sie ihre Mitarbeiter auffordern, zur Europawahl zu gehen?

Ja, das habe ich auch bereits bei der letzten Europawahl getan.

Gab's Feedback von ihren Mitarbeitern?

Es wurde sehr positiv aufgenommen.

Wie vermitteln sie Ihren Mitarbeitenden, wie wichtig die Europawahlen sind?

Die Populisten schimpfen gern auf Europa und die Brüsseler Bürokratie. Tenor: Wir können hier gar nichts mehr machen. Dann ist es erst recht geboten, Einfluss zu nehmen. Dass da die Richtigen mandatiert werden, die vernünftige Entscheidungen treffen und in die richtige Richtung lenken.

Stimmt das denn nicht mit dem Bürokratie-Monster?

Das ist nicht so schwarz-weiß. Die deutsche Umsetzung von EU-Bestimmungen ist nicht immer logisch und oftmals viel krasser als von der EU intendiert. Andere Länder legen die Bestimmungen

lockerer aus. Wir sind als Dräger ja in ganz Europa tätig. Und wenn bald in ganz Europa nur noch das gleiche Handyladekabel benötigt wird, ist das doch eine gute Sache.

Ist die direkte Demokratie eine sinnvolle Lösung?

Es kann Themen geben, die sehr sachbezogen sind. Die auch nicht zur Diskriminierung von Menschen führen. Aber die Vielzahl und Komplexität und Interdependenz vieler Themen ist so beachtlich, dass sie nicht von jedem einzelnen Bürger immer ganz durchdrungen werden können. Diese Themen auf Mandatsträger zu delegieren, ist sinnvoll. Schon eine Volksabstimmung über das Gendern in der Verwaltungssprache sollte man nicht machen. Das wird nur zu einer weiteren Polarisierung führen.

Und wie ist das in der Schweiz?

Da ging es auch nur so lange gut, bis es vor zehn Jahren zur Abstimmung über Masseneinwanderung kam. Die ging schief, und das hat dem Land sehr geschadet, das auf qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen ist.

Können Sie sich denn für Lübeck Volksabstimmungen oder Bürgerbegehren vorstellen, die sinnvoll sind?

Jetzt werde ich sehr persönlich. Ich bin Radfahrer und ärgere mich über die schlechten Radwege. Deswegen denke ich, wenn es darüber eine Volksabstimmung gäbe, ob nicht mehr Geld in die Verbesserung der Radwege gesteckt werden sollte – also dafür würde ich mich begeistern.

LN